

Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands in Österreich

Am Freitag, 15. März 2019, folgten zehntausende Menschen österreichweit dem Aufruf der Klimagerechtigkeitsbewegung „Fridays For Future“ und gingen auf die Straße. Sie forderten und werden auch in Zukunft fordern, dass der Nationalrat und die Bundesregierung, die Bundesländer, die Städte und die Gemeinden sofort, effizient und konsequent handeln, damit die drohende Klimakatastrophe abgewendet werden kann. Es geht um unsere Zukunft und die Lebensmöglichkeiten zukünftiger Generationen.

Die jungen Menschen sprechen aus, was uns allen schon lange bewusst ist. Es ist höchste Zeit zu handeln: Der Mensch hat bereits Klimaveränderungen mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind. Die globalen Temperaturen sind gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter um 1°C gestiegen, weil die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre durch menschliche Aktivitäten unnatürlich stark angestiegen ist. Aufgrund lokaler Gegebenheiten beträgt der bereits erfolgte Temperaturanstieg im Alpenraum sogar über 2°C. Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren. Überall auf der Welt und ganz besonders auch in Österreich, da wir als Land mit großem Wohlstand und hohem Energieverbrauch mit gutem Beispiel vorangehen können und sollen.

Bereits 1,5 °C globale Erderwärmung führen unter anderem dazu, dass der steigende Meeresspiegel riesige Küstengebiete unbewohnbar macht. Die Weltbank schätzt, dass in den kommenden 30 Jahren die Zahl der Klimaflüchtlinge auf über 140 Millionen Menschen ansteigen wird. In Österreich ist die Klimakrise schon heute zu spüren, Bereiche, wie zum Beispiel die Landwirtschaft und der Wintertourismus, sind direkt von den Folgen betroffen. Auch viele Tiere leiden darunter, Artensterben und Biodiversitätsverluste werden beschleunigt. Wetterextreme und Naturkatastrophen treten durch die Klimakrise häufiger und in größerer Intensität auf. In den Jahren 2013, 2015 und 2017 gab es in Österreich mehr Hitzetote als Verkehrstote, die vergangenen 4 Jahre waren die wärmsten seit Beginn der Messgeschichte.

Die Klimakrise ist also nicht bloß ein Klimaproblem: Sie ist ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Menschenrechts-, Artenschutz- und Friedensproblem.

Konkretes Handeln jeder einzelnen Person ist wichtig, es kann und soll aber nicht erwartet werden, dass die Lösung dieser Krise alleine durch Eigenverantwortung und von Einzelpersonen erreicht wird. Daher braucht es jetzt auf kommunaler Ebene, Landes-Ebene, nationaler und internationaler Ebene wirksame Maßnahmen, um dieser bereits beginnenden Katastrophe entgegenzuwirken. Die aktuellen Pläne und Maßnahmen reichen bei weitem nicht aus, um die Erwärmung global bis 2050 auf die angestrebten 1,5°C Durchschnittstemperatur zu begrenzen. Deshalb ist es jetzt wichtiger denn je, jetzt zu handeln!

- Der Nationalrat erklärt den Klimanotstand und beschließt damit, die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität wahrzunehmen. Die Bundesregierung wird verpflichtet, rasch Gegenmaßnahmen zum

Beschluss vorzulegen, welche den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2030 auf Netto-Null-Emissionen, ohne Einsatz von Kompensations-Technologien, senkt.

- Die Bundesregierung und der Nationalrat werden alle bestehenden und neuen Gesetze und Verordnungen auf die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, soziale und ökonomische Nachhaltigkeit überprüfen und, wo immer notwendig, diese Regelungen so anpassen, dass sie die Ursachen der Klimakrise und deren Folgen abschwächen.
- Die Bundesregierung und der Nationalrat orientieren sich bei zukünftigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise an den Berichten des „Intergovernmental Panel on Climate Change“ (IPCC) und des „Austrian Panel on Climate Change“ (APCC). Dies gilt insbesondere in Bezug auf nationale Klima- und Energiepläne, Steuerreformen sowie Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen.
- Der Nationalrat fordert, dass die Bundesregierung die Bevölkerung Österreichs umfassend über die Klimakrise, ihre Ursachen und Auswirkungen sowie über die Maßnahmen, welche gegen die Klimakrise ergriffen werden, informiert.

Die Ausrufung des Klimanotstands ist keine juristische Grundlage für die Ableitung kritischer Notstandsmaßnahmen. Der Begriff „Klimanotstand“ ist symbolisch und als verbindliche politische Prioritätensetzung zu verstehen.

Um diese Resolution einreichen zu können, fordern wir die Vertreter*innen aller Parteien dazu auf, unser Vorhaben zu unterstützen. Zeigt, dass ihr nicht bloß an die nächste Wahl denkt, sondern auch an das Wohl unseres Planeten und die Zukunft der kommenden Generationen.

Handelt, als würde unser Haus brennen. Denn das tut es.

Die österreichische Klimagerechtigkeitsbewegung „Fridays For Future“

Kontakt:

Fridays For Future Vienna

Email: wien@fridaysforfuture.at

Website: www.fridaysforfuture.at

